

Frankfurt am Main, den 11. Mai 2021

PRESSEMITTEILUNG

Pressemeldung des elternbundes hessen (ebh) zum Aktionsprogramm der Bundesregierung und des Landes Hessen

Rückkehr nach Corona

Der elternbund hessen (ebh) begrüßt die bereit gestellten Gelder des Bundes und des Landes Hessen zur Reinklusion der Kinder in die Schule nach Corona. Allen Schüler*innen müssen Angebote gemacht werden, und zwar dort, wo sie während der vielen Lock-Downs nicht sein durften: in der Schule, in ihrer Gemeinschaft, die sie so lange vermisst haben. Der ebh wiederholt in diesem Zusammenhang, dass den Kindern Zeit zur Wiedereingliederung in ihre Schulgemeinschaften gegeben werden muss, Klassenwiederholungen nur freiwillig erfolgen können und auf Noten sowie Feststellungsverfahren zum sonderpädagogischen Förderbedarf verzichtet werden muss.

Vor allem Grundschulkindern und die Anfänger*innen in den weiterführenden Schulen brauchen individuelle Unterstützung. Dazu müssen für sie, aber auch die anderen, die fast ein halbes Jahr keine Schulräume mehr betreten haben, Lernstände festgestellt werden, damit individuell Pläne zum Aufholen des Versäumten erstellt werden können. „Wir dürfen diese Kinder nicht ihrem Corona-Schicksal überlassen,“ so Klaus Wilmes-Groebel, Vorsitzender des elternbund hessen e.V. und ist sich dabei mit der Landesschüler*innenvertretung einig. „Die Kinder dürfen nicht für entgangene Bildung in Zeiten einer Pandemie bestraft werden. Nachhilfe kann unterstützend sein, aber sie muss dort stattfinden, wo Schüler*innen in Zeiten der Pandemie nicht hingekommen sind. Wir brauchen zusätzliche Lehrkräfte, die individuell Hilfen bereitstellen können. Mit dem bereit gestellten Geld sollen befristet pädagogische Hilfskräfte, z. B. pensionierte Lehrer*innen, Studierenden, Oberstufenschüler*innen, Lehrkräfte aus Nachhilfe-Instituten, usw. eingestellt werden. Förderschullehrkräfte sollen in den Schulen mithelfen bei der individuellen Betreuung der Schüler*innen“. Bei der Wiedereingliederung geht es nicht nur um das Nachholen von versäumten Inhalten, es geht auch um das Zusammenleben in der Schule, um das Kinderrecht auf Spielen und Freizeit. Deshalb brauchen die Schule auch Sozialpädagog*innen, die die Kinder betreuen und begleiten und das Kollegium unterstützen.“

Betriebspraktika konnten nicht stattfinden, Klaus Wilmes-Groebel appelliert deshalb an die Betriebe, jetzt möglichst viele Praktikant*innen aufzunehmen. Auch Schulen sollten sich überlegen, inwiefern sie Praktikumsplätze anbieten können.

Der Schulpsychologische Dienst der Staatlichen Schulämter unterstützt die Schulen bei der Erstellung von Rückkehrkonzepten. Die Maßnahmen müssen langfristig und pädagogisch nachhaltig sein.

Die Sommercamps sieht der elternbund hessen skeptisch. Es haben in der Vergangenheit nur wenig Kinder (ca. 3 %) teilgenommen und das waren nicht unbedingt die Kinder, die es dringend benötigt hätten. Kinder und ihre Familien hatten eine schwierige Zeit, sie brauchen jetzt die Sommerferien für Erholung, nicht für noch mehr Schule.

Bei allen Maßnahmen, die in den Schulgemeinden getroffen werden, müssen die Eltern einbezogen und beraten werden, wenn erforderlich auch in ihren jeweiligen Herkunftssprachen.

Parallel zu den Wiedereingliederungsmaßnahmen muss die Schulsanierung fortgesetzt werden und alle Voraussetzungen für die weitere Digitalisierung geschaffen werden. Dazu gehört sowohl die technische Ausstattung, die digitale Grundausbildung für Kinder und Lehrkräfte sowie die Didaktik.

Kontakt:

elternbund hessen e. V.
Klaus Wilmes-Groebel, Vorsitzender
Tel.: 0175 / 72 14 707
E-Mail: presse@elternbund-hessen.de